

Haushaltsrede 2009 – Kreisrätin Barbara Holzmann

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Jürgen, sehr geehrte Damen und Herren, wir verabschieden heute einen unspektakulären Haushalt, der wieder solide ist nach äußerst stürmischen Zeiten, der aber schon mehr als dunkle Wolken am Himmel für die Zukunft heranziehen sieht. Während das Unwetter der vergangenen Periode viel aus eigener Verantwortung entstanden ist und wir auch mit eigenen Mitteln (Kürzungen, Umsteuerung, Maßnahmenstopp, Aufgabenkritik) gegensteuern konnten, werden wir für das kommende Ungemach nur zum Teil selbst Verantwortung übernehmen müssen aber unsere eigenen Mittel dagegen zu halten, werden nicht ausreichen. Wir möchten uns an dieser Stelle, vor der Würdigung des Haushaltes, beim Kämmerer Heinz Liebert bedanken, für die transparente und übersichtliche Darstellung des Haushaltes und die selbstverständliche Zusammenarbeit mit uns Grünen.

Unser Haushalt ist solide, er ist sorgfältig gerechnet, er genügt momentanen Anforderungen

- genügt er den kommenden?
- entwickelt er sich weiter?
- stellt er sich den Herausforderungen?
- hat er Ideen?
- nutzen wir Gestaltungsräume?
- ist er mutig, nachhaltig, zukunftsfähig?

All dies verneinen wir. Dieser Haushalt ist – verzeihen sie dies Wort – ist „brav“. Diesem Haushalt fehlt die politische Auseinandersetzung über Leitlinien und Grundsätze. Die vergangenen Jahre waren geprägt von eisernem Sparen, Maßnahmenstopp und Kürzungen – auch dies war eine politisch mehrheitlich getragene Linie. Wir Grünen trugen dies weitgehend mit, da wir für eine nachhaltige Finanzpolitik stehen.

Den Anforderungen für die Zukunft hält dieser Haushalt nicht stand.

Die Politik, wir Bezirksrätinnen und Bezirksräte, meine Damen und Herren, stellt sich der ethischen Debatte zur Zukunft der Eingliederungshilfe nicht.

...und er birgt höchste Risiken und wir meinen damit nicht nur die einbrechenden Steuereinnahmen bei steigenden Fallzahlen.

...wir meinen insbesondere seine Zukunftsfähigkeit.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Konvention unterschrieben. Im Artikel 19 heißt es u.a.:

...Menschen mit Behinderung gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben;

Und es heißt, dass

...gemeindenaher Dienstleistungen ... auf der Grundlage der Gleichberechtigung zur Verfügung stehen;

Stellen sie sich folgendes Szenario vor: Menschen mit Behinderung fordern diesen Rechtsanspruch ein.

Sie klagen auf freie Wahl des Wohnens, sie verlassen die besonderen Wohnformen und sie fordern gemeindenaher Dienstleistung ein.

- Sind wir dafür annähernd gerüstet?
- Haben wir in Schwaben in allen Regionen erreichbare Dienstleistung?
- Sind sie gemeindenah?
- Haben wir mit Trägern der Eingliederungshilfe Zielvereinbarungen abgeschlossen, wohin wir wollen?
- Wie die Landschaft in 5 Jahren, in 10 Jahren aussieht?
- Führen wir eine ethische Diskussion über unsere Ziele?

In der Un-Konvention vollzieht sich ein grundlegender Wandel:

- weg von der Fürsorge – hin zu einem Rechtsanspruch
- der Mensch mit Behinderung ist nicht mehr Objekt der Fürsorge, sondern steuerndes Subjekt

Im Artikel 27 heißt es zur Arbeit und Beschäftigung Die Vertragsstaaten erkennen das gleiche Recht behinderter Menschen auf Arbeit an; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für behinderte Menschen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsfeld frei gewählt oder angenommen wurde. ...

Ist dies ein Votum für einen weiteren Ausbau des Sonderarbeitsmarktes WfbM??

Bei einer Podiumsdiskussion in Kempten hat der Landtagsabgeordnete der CSU, Herr Kreuzer, als wesentlichen Auftrag mitgenommen, dass es nicht gerecht ist, wenn beim Bau einer WfbM in der Oberpfalz oder im Oberallgäu die gleichen Fördersätze gezahlt werden, wo doch im Oberallgäu die Grundstückspreise um ein so vielfaches höher sind. Sind dies die drängenden Fragen??

Sie hören aus all den Fragen unser Nein, unser entschiedenes Nein heraus. Die ethische Diskussion über unsere Ziele fehlt gänzlich. Politik hat die Aufgabe gleiche Verhältnisse zu schaffen. Haben sie sich schon mal die Frage gestellt, warum in Schwaben in einem Landkreis mit kreisfreier Stadt und 110 000 Einwohnern 20 % aller vorhandenen Leistungsempfänger für ambulant betreutes Wohnen für seelisch Behinderte wohnen und in den Landkreisen Augsburg und Aichach-Friedberg mit 370 000 Einwohnern 7 %. Sind dies gleiche Verhältnisse? Wer übernimmt dafür die Verantwortung? Diesen Prozess wollen wir gerne einleiten und fordern sie auf in diese Diskussion einzusteigen:

- Eine spannende Auseinandersetzung über Werte unserer Gesellschaft, über Teilhabe, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, über Stärkung bürgerschaftlichen Engagements und unserer allgemeinen Lebensbedingungen.
- Eine Ausrichtung der Eingliederungshilfe weg von der einrichtungszentrierten Hilfe hin zu einer personenzentrierten Hilfe.

Es geht um Menschen. Beispiel Frau P. – Oberallgäu.

Zurück zum Haushalt: Wir stimmen diesem Haushalt zu unter zwei Prämissen: Die Bezirksumlage jetzt zu senken, muss als Signal verstanden werden, dass der Bezirk seine Hausaufgaben gemacht hat und mittlerweile für eine solide Finanzpolitik steht, die auch schwierige Zeiten mit abfedern helfen kann. Einer Senkung der Bezirksumlage stimmen wir Grüne daher nur zu, wenn denjenigen, denen das Geld jetzt zugute kommt, bewusst ist, dass wir in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden sind und sich für zukunftsfähiges Handeln auch des Bezirks eine Rückkehr auf das derzeitige Niveau abzeichnet. Aus Gründen der Stabilität hielten wir eine Beibehaltung des derzeitigen Umlagebetrages für sinnvoll, aus Gründen der Solidarität gestehen wir auch den Kreisen und Gemeinden eine

Erleichterung zu, in der Hoffnung, diese Mittel für zukunftsfähige Investitionen sinnvoll zu verwenden.

Wir stimmen diesem Haushalt zu, wenn wir politische Ziele formulieren und um die Umsetzung zukunftsfähiger Konzepte hier auch wirklich ringen. Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die nicht nur gesprächsbereit sind, sondern uns auch mit Sitzungsvorlagen und Informationen in guter Qualität versorgen. Unser Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kommunalunternehmens Bezirkskliniken Schwaben. Wir hoffen auf ein Gelingen der

gemeinsamen Anstrengungen und sind zuversichtlich, gemeinsam gute Wege zu beschreiten.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Barbara Holzmann